

LAG AWO NRW • Rhonestraße 2a • 50765 Köln

Schreiben an alle Bundestagsabgeordneten
der demokratischen Parteien in NRW

Landesarbeitsgemeinschaft
der Arbeiterwohlfahrt NRW

c/o AWO Bezirksverband Mittelrhein

Rhonestraße 2a
50765 Köln

Tel. 0221 57998-211

Fax 0221 57998-59

E-Mail: lag-awo-nrw

@awo-mittelrhein.de

www.lag-awo-nrw.de

06.09.2023

Dramatische Auswirkungen der Mittelkürzungen im Entwurf des Bundeshaushalts 2024

Sehr geehrte Frau «Titel2»«Name»,

ich blicke mit großer Sorge auf die massiven Kürzungen, die aus dem am 5. Juli 2023 im Bundeskabinett beschlossenen Entwurf des Bundeshaushalts 2024 auch für unsere Region folgen würden.

Obwohl die Steuereinnahmen des Bundes im nächsten Jahr deutlich steigen werden, plant die Bundesregierung eine drastische Reduzierung der Förderungen gemeinnütziger Dienste, des Eingliederungstitels im SGB II, der Kinder- und Jugendhilfe, der Freiwilligendienste und der Integrations- und Unterstützungsangebote für Geflüchtete und Zugewanderte. Die Umsetzung dieser Pläne hätte verheerende Folgen.

Gemeinnützige Angebote stehen unter besonderem wirtschaftlichem Druck. Da Leistungsentgelte und Zuwendungen nur mit erheblicher Verzögerung und häufig unzureichend angepasst werden, leben viele Träger seit Monaten von der Substanz. Die Pandemie, die massiven Kostensteigerungen durch Energiepreise, Inflation und die berechtigten Tarifsteigerungen für die Beschäftigten haben dazu geführt, dass die ohnehin gesetzlich begrenzten Rücklagen vielerorts erschöpft sind.

Im Widerspruch zu der regelmäßig betonten besonderen Wertschätzung der Arbeit gemeinnütziger Organisationen, plant die Bundesregierung massive Kürzungen, die unmittelbar zu erheblichen Angebotsreduzierungen und Trägerinsolvenzen führen werden. Dass dies keine Übertreibung ist, möchten wir Ihnen an einigen Beispielen verdeutlichen.

- Nach den Plänen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sollen die Ausgaben des Bundes für das SGB II um über 560 Millionen Euro gekürzt werden. Da die Verwaltungskosten der Jobcenter massiv steigen und aus eigentlich für die aktive Arbeitsmarktpolitik vorgesehenen Mitteln finanziert werden können, ist davon auszugehen, dass ein Großteil der Mittel nicht bei den Betroffenen ankommt. Einzelne Jobcenter haben angekündigt, künftig die Auszahlung von Geldleistungen in den Vordergrund zu stellen. Gerade die Arbeit der gemeinnützigen Anbieter mit qualitativ hochwertigen Angeboten ist dadurch gefährdet. Einmal abgebaute Strukturen werden künftig dauerhaft fehlen.
- Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend plant die Förderung der Freiwilligendienste (FSJ, FÖJ, FIJ und BFD) im nächsten Jahr um 78 Millionen Euro, fast ein Viertel der bisherigen Förderung, zu kürzen. Das bedeutet bereits 2024 einen Verlust von 25.000 bis 30.000 Plätzen. Wichtige Hilfen in Kitas, Schulen und Pflege, im Sport und

im Naturschutz werden damit gestrichen. Auch hier gilt: Was weg ist, ist weg. Einmal gestrichene Angebote lassen sich nur aufwändig wiederherstellen. Da die Freiwilligendienste eine wichtige Brücke für junge Menschen sind, sich auch beruflich in Erziehung und Pflege zu engagieren, verschärfen die Streichungen den Fachkräftemangel zusätzlich.

- Der Bedarf an psychosozialer Beratung und Begleitung geflüchteter Menschen wächst. Neben den über eine Million Menschen, die aus der Ukraine nach Deutschland geflüchtet sind und die keinen Asylantrag benötigen, hat sich die Zahl der Asylanträge im Juni 2023 gegenüber dem Vorjahr um 88 Prozent erhöht. Schon jetzt reichen die Kapazitäten bei Weitem nicht aus. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend plant, die Finanzierung der Psychosozialen Zentren entgegen den gestiegenen Bedarfen um über zehn Millionen Euro, etwa 60 Prozent der bisherigen Förderung, zu kürzen. Die drastischen Kürzungen bedeuten, dass traumatisierte und unterstützungsbedürftige Menschen keine neuen Therapien bekommen und bestehende Therapien vielfach abgebrochen werden müssen. Aufgrund des hohen Bedarfs und der bisherigen Bekundungen der Bundesregierung haben viele Träger zudem Psychotherapeut*innen bis in das nächste Jahr eingestellt, denen nun gekündigt werden müsste.
- Die durch das Bundesministerium des Inneren finanzierte Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) soll von bislang 81 Millionen Euro auf 57 Millionen Euro um annähernd 30 Prozent gekürzt werden. Das betrifft die Unterstützung beim Zugang zu Kitas und Schulen, zu Sprach- und Integrationskursen, zur Integration in den Arbeitsmarkt und anderen grundlegenden Bedarfen für über 557.000 Menschen durch 1.285 Beratungseinrichtungen. Die Kürzung steht im krassen Kontrast zu der 2023 erfolgten Zielgruppenerweiterung auf alle Geflüchteten aus der Ukraine, alle Asylbewerber*innen, geduldete Menschen und den Bedarf der Menschen, die durch das jüngste beschlossene Fachkräfteeinwanderungsgesetz nach Deutschland kommen.
- Für die unter 27-Jährigen übernimmt diese Aufgaben der Jugendmigrationsdienst. Hier plant das BMFSFJ massive Einschnitte: Auch die Handlungsfelder der Jugendsozialarbeit im Kinder- und Jugendplan des BMFSFJ sollen vom Rotstift nicht verschont bleiben. Das erfolgreiche Bundesprogramm „Respekt Coaches“ soll bereits zum Ende dieses Jahres eingestellt werden. Eine Überführung der „Respekt Coaches“ in das Startchancen-Programm des Bundes oder in die Zuständigkeit der Länder ist aufgrund der Kürze der Zeit weder realistisch noch umsetzbar. Die Mittel im Programm „Jugendmigrationsdienste“ (JMD) sollen um rd. 15 Prozent (10 Mio. EUR) auf 58,8 Mio. EUR gekürzt werden.
- Die Förderung des Bundesministeriums des Inneren für die zur Jahresmitte 2023 gerade erst etablierte Asylverfahrensberatung sowie besondere Rechtsberatung für queere und sonstige vulnerable Geflüchtete wird entgegen bisherigen Planungen der Bundesregierung für das Jahr 2024 halbiert. Die Finanzierung der überwiegend neu eingestellten Berater*innen ist unsicher und es droht der Rückzug von Trägern aus dem gerade erst gestarteten Programm. Damit droht der behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung kurz nach Beginn bereits das Aus.
- Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend plant die mit auf seine Initiative eingeführte Förderung der Digitalisierung in der Freien Wohlfahrtspflege vollständig zu streichen, obwohl der Bedarf an einer stärkeren Vernetzung und Digitalisierung von Betroffenen und gemeinnützigen Unterstützungsangeboten in der Transformation riesig ist und den laufenden Projekten in der unabhängigen Evaluation ausgezeichnete Ergebnisse bescheinigt wurden. Das hat spürbare negative Folgen für die digitale Teilhabe und zivilgesellschaftliche Vernetzung bundesweit.

Die genannten Beispiele ließen sich leider um zahlreiche weitere ergänzen. Die Kürzungen lassen sich ohne deutliche Angebotseinschränkungen nicht mehr auffangen. Die Reduzierung von Leistungen und die Schließung von Angeboten ist schon jetzt auch in unserer Region Realität. Viele Träger sind durch die Einschnitte in ihrer Existenz gefährdet.

Mit den durch die Bundesregierung geplanten Kürzungen für soziale Integration und aktive Arbeitsmarktpolitik werden Armut, Ungleichheit und dadurch beförderte politische Konflikte weiter zunehmen. Das muss verhindert werden.

Wir bitten Sie, Ihren Einfluss zu nutzen, um im Bundestag auf die dramatischen Folgen der geplanten Kürzungen hinzuweisen und alles in Ihrer Macht Stehende dafür zu tun, eine noch weitere Verschlechterung abzuwenden und zumindest Kürzungen zu verhindern.

Über eine Rückmeldung freue ich mich.

Mit freundlichen Grüßen

Freundliche Grüße

A handwritten signature in blue ink that reads "Michael Mommer". The signature is written in a cursive style with a large initial 'M'.

Michael Mommer
Landesgeschäftsführer